

Die Verweigerung von Migration ist der falsche Weg

Der Journalist Christian Jakob ist ein Kenner von Migrationsfragen, auch und vor allem mit Blick auf Migrationsbewegungen von Afrika nach Europa. Im Gespräch mit der TUP beschreibt und analysiert er die Ursachen sowie das Verhalten der EU und skizziert mögliche Auswege, wie mit Migration von Afrika nach Europa sinnvoll umgegangen werden kann.

1991 wurde der Schengen-Raum und damit die Personenfreizügigkeit innerhalb der Europäischen Union (EU) eingeführt. Was ging mit dieser Entwicklung an den Außengrenzen der EU einher? Was hat sich mit Einführung des Schengen-Raums geändert?

Der Prozess geht ja bis heute weiter. Damals wie heute merkt man: Das, was wir jetzt an Binnengrenzen im Nationalstaat nicht mehr haben, das muss ersatzweise für alle an den Außengrenzen getätigt werden. Ab 1995 war es Spanien, das sich in der Pflicht sah, die Straße von Gibraltar viel stärker zu bewachen, als es bis dahin der Fall war. Die Staaten in Zentraleuropa sind seit jeher skeptisch gegenüber den Staaten Südeuropas, ob diese überhaupt imstande sein würden, stellvertretend die Grenzen so zu schützen, wie Frankreich, Deutschland oder die Niederlande das für sich selber taten. Damals richtete sich das insbesondere gegen Spanien. Heute richtet sich die Skepsis vor allem gegen Bulgarien oder Griechenland. Die Liberalisierung der Personenfreizügigkeit im Innern Europas ist immer wie eine kommunizierende Röhre zur stärkeren Kontrolle der Außengrenzen gewesen. Doch dass sich der Schutz des unmittelbaren Grenzraums weit über die Außengrenzen hinweg orientiert, ist erst seit etwa der Mitte des vergangenen Jahrzehnts der Fall.

Warum haben die nord- und mitteleuropäischen Staaten den südeuropäischen Staaten den Grenzschutz nicht zugetraut?

Das wurde so natürlich nicht laut gesagt, aber es ist klar, dass das Vorurteil des „südländischen Schlendrians“ dahinterstand: die Annahme, dass die Staaten des Mittelmeerraums es administrativ und logistisch nicht können. Hinzu kam die Annahme, dass Spanien und Italien gar nicht dasselbe Interesse daran hatten, die Grenzen zuzuhalten, wie etwa Deutschland, Frankreich oder Großbritannien.

Warum?

Weil vor allem Spanien und Italien lange Zeit auf die Arbeitskraft von papierlosen Migrant*innen gesetzt haben. Dies galt sowohl für die Landwirtschaft als auch für den Bau. Lange wurde eine gewisse Zahl an Marokkanern und anderen Maghreb*innen durchgelassen. Diese waren mangels Aufenthaltserlaubnis und Arbeitserlaubnis viel anfälliger für die Ausbeutung auf

dem Arbeitsmarkt. Diesen Zusammenhang hatte man in Zentraleuropa natürlich im Blick. Und er hat den Argwohn noch bestärkt. In ähnlicher Weise hat man in den letzten Jahren vor allem Griechenland und Italien nicht abgenommen, dass sie wirklich das Dublin-System durchsetzen wollen, und ihnen unterstellt, dass sie die Leute einfach durchwinken, um sich der europäischen Regelung zu entziehen, nach der sie ja eigentlich für das Asylverfahren, die Anerkennung, die Versorgung und Unterbringung und später dann die Abschiebung von allen Ankommenden zuständig sind. Irgendwann sind Ungarn und Italien dann dazu übergegangen, offen zu sagen, dass sie Dublin nicht länger respektieren würden, um politischen Druck aufzubauen, um eine Korrektur dieses Dublin-Systems zu erzwingen. Ohne Erfolg.

2015 suchten Hunderttausende Geflüchtete in Europa und Deutschland Zuflucht. Im März 2016 schloss die EU den sogenannten EU-Türkei-Deal unter maßgeblicher Federführung der Bundeskanzlerin Merkel ab. Was ist der Kerngedanke dieses Abkommens?

Der Kerngedanke war, dass Geflüchtete, die aus der Türkei in Richtung Griechenland übersetzen, ohne eine Einreiseerlaubnis zu haben, persönlich nichts mehr davon haben würden, weil sie in die Türkei abgeschoben werden. Die Türkei hatte die Idee für diesen Tauschmechanismus, der vor allem dazu diente, dass die EU hinterher sagen kann: Es ist ja nicht so, dass wir die Leute alle in der Türkei einsperren würden. Die Leute können ja raus, nur eben die nicht, die selber gefahren sind – was offensichtlich darauf abzielte, den Menschen die Motivation zu nehmen, irregulär nach Griechenland zu gehen. Dort waren in der Tat 2015/16 die Zustände unzumutbar. Gleichzeitig war die EU nicht mehr bereit, Menschen aus Griechenland innerhalb der EU umzuverteilen.

Mit Blick auf den afrikanischen Kontinent und die EU-Politik der letzten Jahre: Ist das Abkommen mit der Türkei eine Art Blaupause, um ähnliche Konstrukte mit afrikanischen Staaten abzuschließen?

Das Türkei-Abkommen hat sicher zum ersten Mal gezeigt, dass es faktisch möglich ist, einen Transitstaat dafür zu bezahlen, eine große Zahl von Menschen zurückzuhalten. Man gibt diesen Staaten Geld, und dann machen sie die Grenzen zu. Das hat die EU zwar in der Vergangenheit auch schon in Libyen, Tunesien oder etwa dem Senegal praktiziert, aber das ist in viel geringerem Maße ins Bewusstsein der europäischen Öffentlichkeit vorgedrungen. Es gibt aber trotzdem Unterschiede. Der eine Unterschied ist, dass es kein Land gab, in dem sich bereits eine so große Zahl von Flüchtlingen aufgehalten hat wie in der Türkei. Möglicherweise wäre das noch am ehesten für Libyen zu behaupten. Allerdings gab es in Libyen nach 2011 keine Staatlichkeit, mit der man so ein Agreement hätte schließen können. Die EU hat versucht, ein Element aus dem Agreement mit der Türkei zu übernehmen: nämlich die Finanzierung der Versorgung von Flüchtlingen vor Ort als Gegenleistung dafür, dass die Aufnahmeländer diese an der Weiterreise hindern. Dies wird zum Beispiel im Sudan praktiziert, wo sich eine relativ große Zahl an Flüchtlingen aus der Region um das Horn von Afrika befindet und wo auch viele Binnenvertriebene leben.

Die neue Afrika-Politik zielt allerdings nicht primär darauf, dort zu helfen, wo der Bedarf am größten ist, sondern in Ländern, die zentral für die Fluchtrouten sind. Nehmen Sie Uganda. Das Land hat eine sehr hohe Zahl von Flüchtlingen aufgenommen. Doch dorthin fließt das

Geld nur sehr, sehr spärlich. Eigentlich wäre dies ein Staat, der mindestens so viel Unterstützung verdient hätte wie die Türkei. Davon kann aber gar keine Rede sein. Stattdessen fließt dann viel Geld in einen Staat wie Niger, in dem sich kaum Flüchtlinge aufhalten.

Häufig wird von den Abkommen mit den afrikanischen Staaten gesprochen. Wenn man sich diese Staaten genauer anschaut, offenbart sich nicht selten, dass die EU mit skrupellosen Machthabern zusammenarbeitet. Können Sie anhand des Sudans oder auch mit Blick auf Abkommen in Eritrea deutlich machen, mit wem die EU hier eigentlich zusammenarbeitet?

Es sind ungefähr zwei Dutzend Länder, mit denen es auf die eine oder andere Weise Kooperationen in Sachen Migrationspolitik gibt. Viele davon sind Zwitterwesen – irgendwo zwischen leidlich demokratisch und sehr autoritär. Es gibt eine Gruppe von Staaten, die ganz sicher in die Kategorie autoritärer Regime fallen; da sind die beiden, die Sie genannt haben, dabei. Im Sudan wurde das Geschehen während des langen Bürgerkriegs in der Region Ost-Darfur bis heute nicht aufgearbeitet. Die Menschenrechtsverletzungen, die Kriegsverbrechen, die dort begangen wurden, sind sehr gut dokumentiert. Niemand, der damals daran beteiligt war, wurde bestraft, die Täter sind heute noch im Amt. Die Milizen, die diese Kriegsverbrechen begangen haben, haben als Anschlussverwendung heute die Aufgabe bekommen, die Grenzen zu schützen. Der Präsident ist zum letzten Mal 2016 wiedergewählt worden. Seine Macht ist unangefochten. Das Land ist lange Zeit mit Sanktionen belegt und aus guten Gründen international geächtet worden. In der jüngeren Vergangenheit aber gab es eine Wiederannäherung durch die EU, die sich ausschließlich aus der strategischen Bedeutung des Landes für die Migrationskontrolle erklärt.

Worin besteht diese strategische Bedeutung?

Sehen Sie sich das Horn von Afrika genauer an. Es gibt zwei Fluchtwege: Der eine Weg ist über das Meer Richtung Jemen; der ist aufgrund des Krieges dort nun versperrt. Der andere Weg führt durch den Sudan in Richtung Mittelmeer. Wenn der Sudan diese Passage nicht mehr zulässt, dann müssen die Leute in der Region bleiben. Wir sprechen von ungefähr neun Millionen Binnenvertriebenen und internationalen Flüchtlingen in diesem Gebiet, also ungefähr jeder siebte Flüchtling auf der Welt. Wenn die EU nun den Sudan dafür gewinnt, diesen Korridor abzusperren, hat sie einen großen Teil ihres Problems erledigt. Dafür werden andere Tatsachen erkennbar ausgeblendet. So gab es auf der Ebene der Aufarbeitung des Bürgerkriegs überhaupt keine Bewegung. Trotzdem hat man der sudanesischen Regierung in Aussicht gestellt, sich dafür einzusetzen, dass sie von der Terrorliste der USA gestrichen wird; man hat in Aussicht gestellt, sich dafür einzusetzen, dass der internationale Haftbefehl gegen den Präsidenten aufgehoben wird und er entsprechend wieder reisen kann; man hat Schulden erlassen; man hat begonnen, die Grenzpolizei zu trainieren, um angeblich menschenrechtskonforme Verhaftungen vorzunehmen; und die EU hat dem Land Hilfe für die Versorgung von Flüchtlingen im Inland gewährt. Es ist gar nicht so sehr das Geld von derzeit etwa 285 Millionen Euro, das in den letzten Jahren geflossen ist. Der entscheidende Punkt ist, dass das Regime die Zusammenarbeit als eine Rehabilitierung wahrnimmt und nutzen kann. Dass es über dieses Ticket der Kooperation bei der Migrationspolitik zurück-

geholt wurde in den Kreis der respektablen Staaten und geachteten Regierungen der Welt – obwohl die Vorwürfe keineswegs vom Tisch sind.

Wie ist die Lage in Eritrea?

In Eritrea ist die Situation so, dass das Regime sich seit vielen Jahren nur durch einen Zwangsdienst an der Macht halten kann. Dieser wird als Militärdienst getarnt. Faktisch ist es eine Form der Versklavung weiter Teile der Bevölkerung über zum Teil viele, viele Jahre. Weltweit wird das auch als Fluchtgrund anerkannt. Die USA etwa nehmen immer wieder große Kontingente von Eritreern über ihr sogenanntes Resettlement-Programm auf. In Europa hat man als Eritreer, so man hier angekommen ist, recht gute Chancen auf Asyl. Aus Eritrea zu kommen, ist etwa in Deutschland alleine schon ein Asylgrund, eben aufgrund dieses staatlichen Zwangsdienstes. Und trotzdem hat die EU nach Wegen gesucht, damit weniger Leute das Land verlassen können. Einer dieser Wege ist es, die eritreische Justiz dazu zu bringen, effektiver gegen Schlepper vorzugehen. Faktisch heißt das, gegen korrupte Armeeeingeborene vorzugehen, weil in Eritrea nur Armeeeingeborene überhaupt imstande sind, ein Schleppergeschäft aufzubauen. Die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) organisiert nach eigenen Angaben Trainings für eritreische Justizbeamte und versucht, diese fortzubilden, um vermeintlich rechtsstaatliche Verfahren gegen Schlepper zu führen. Diese Trainings beziehen sich ausschließlich auf diesen Deliktbereich. Wenn die Trainings greifen sollten, wenn also Schlepper ins Gefängnis wandern oder die Wahrscheinlichkeit steigt, dass diese bestraft werden, wird es weniger Schlepper geben, die diese Dienstleistung noch anbieten. Dann ist das Land schwerer zu verlassen, und man kann sich dem Militärdienst wiederum schwerer entziehen.

Diese Schulungsprogramme sind nicht kausal damit verbunden, dass dieser Zwangsdienst abgeschafft werden soll?

Nein, natürlich nicht. Die GIZ hat keinen politischen Auftrag dazu. Die Bundesregierung hat durchaus versucht, auf das Regime hinzuwirken, damit es den Militärdienst abschafft – ohne Erfolg. So kommt aus Eritrea eine große Gruppe von Asyl-Antragstellern. Dies wäre ohne diesen Dienst wahrscheinlich anders. Insofern haben die EU und die Bundesregierung ein starkes Interesse daran, dass dieser Dienst abgeschafft wird. Sie sagen das auch immer wieder. Nur: Dem leistet das Regime keine Folge. So hat man über die GIZ jetzt eben dieses Programm aufgelegt. Es ist kein großes Projekt. Aber dadurch, dass überhaupt eine Form von Kooperation wieder stattfindet, können die Machthabenden sagen: So schlimm kann das alles nicht sein, wie wir immer hingestellt werden. Die GIZ ist die Projektverantwortliche, die Internationale Organisation für Migration (IOM) übernimmt die Implementierung im Auftrag der GIZ mit Geld von der EU vor Ort. So kann das Regime sagen: Mit uns wird wieder zusammengearbeitet.

Bevor wir auf die moralische Dimension des politischen Handelns einen Blick werfen: Funktioniert das System der Abkommen? Ist es effektiv? Kommen weniger Geflüchtete nach Europa?

Man kann nicht sagen, dass das ein in sich geschlossenes System ist, wo alle Teile kohärent sind. Es sind schwierige Verhandlungen, die oft nicht so reibungslos vorangehen, wie die EU

sich das vorgestellt hat. Aber ja, man kann schon sagen, dass es an einigen Stellen durchaus gegriffen hat.

Zum Beispiel wo?

Der erste Bereich war der östliche Atlantik, Westafrika Richtung Kanarische Inseln. Da wurden frühzeitig die Grenzen dicht gemacht. Die Türkei hat sich seit März 2016 an ihren Teil der Vereinbarung gehalten. Nicht hundertprozentig, es kommen vereinzelt Geflüchtete durch. Aber im Vergleich zu den Zahlen, die es vorher gab, sind es natürlich wesentlich weniger. Man sollte dabei aber eines nicht vergessen: dass die Türkei in dem Augenblick, als begonnen wurde, dieses Abkommen umzusetzen, ihrerseits die Grenze nach Syrien geschlossen hat. Man kann seitdem Syrien eigentlich nicht mehr verlassen. Vorher war das möglich, seitdem geht das nicht mehr. Deswegen war das eine die unmittelbare Folge davon. Dieser Umstand wird immer wieder ausgeblendet.

Mit Blick auf die zentrale Sahara-Route: Seit drei Jahren gibt es ein Gesetz, das den Transport von Migrant*innen über Niger nach Libyen verbietet. Die ersten eineinhalb Jahre wurde es von der Armee nicht angewandt. Nachdem Angela Merkel im Oktober 2016 vor Ort war, hat sich das spürbar geändert. Merkel und die EU haben offensichtlich signalisiert, dass sie bereit sind, massiv Geld auf den Tisch zu legen, wenn der nigrische Staat dieses Gesetz, das – wie wir vermuten – überhaupt erst auf Intervention der EU erlassen wurde, umsetzt. Dies ist seit etwa 15 Monaten der Fall. Seitdem ist es sehr viel schwieriger und sehr viel teurer geworden, aus Richtung Westafrika über Niger nach Libyen zu kommen. Die Zahlen sind stark zurückgegangen. Das hat sich für 2017 in den Asylanträgen von Afrikanern zwar noch nicht so massiv niedergeschlagen. Dies liegt jedoch daran, dass es eine große Zahl von Menschen gab, die vorher schon in Libyen waren. Es ist aber damit zu rechnen, dass der Rückstau, den es in Libyen gibt, wohl abschmilzt. So würden dann die Zahlen der Ankünfte in Italien weiter sinken. Das muss mittelfristig aber nicht so bleiben.

Warum?

Es kann durchaus sein, dass sich wieder andere Routen öffnen. Wenn Sie einen Blick auf die Fluchtrouten im vergangenen Jahrzehnt werfen, sehen Sie, wie schnell sich die Korridore verschoben haben. Zwischen dem zentralen Mittelmeer, der Ägäis und der Landgrenze Griechenland/Türkei ging es immer hin und her. Immer dann, wenn an einzelnen Punkten besonders viele Ressourcen aufgewandt wurden, um die Grenzüberschreitungen zu erschweren, gab es in relativ kurzer Zeit an anderen Stellen größere Aufkommen. Derzeit gibt es leichte Phänomene in diese Richtung in der Region Marokko–Spanien und auch in der Ägäis. Aber das wiegt derzeit nicht auf, was es an Bewegungen etwa im vergangenen Jahr gab. Es kann aber sein, dass sich dies wieder ändert, sobald sich die Konfliktsituation in Afrika ändert. Hinzu kommt: Es ist nicht gesagt, dass die afrikanischen Staaten dauerhaft bei der europäischen Politik der Migrationskontrolle mitmachen. Die Machthaber müssen bei Laune gehalten werden. Und sie müssen sich zum Teil – jedenfalls da, wo es keine sehr autoritären Regime sind – gegenüber der eigenen Bevölkerung dafür rechtfertigen.

Neben der Effektivität stellt sich immer auch die Frage nach der moralischen Komponente. Inwieweit ist eigentlich diese Politik des Auslagerns an Diktatoren moralisch verwerflich oder stellt die Grundwerte der Europäischen Union infrage?

Es sind ja nicht nur Diktatoren. Es sind durchaus auch Staaten, die für europäische Verhältnisse als demokratisch gelten können. Aber es gibt eben auch andere, wie den Fall Libyen. Der ist moralisch nicht vertretbar. Die EU selber hat lange Zeit gesagt: So, wie die Lage in Libyen ist, können wir niemanden dahin zurückschicken. Das war ein Tabu, das bis Mitte 2017 aufrechterhalten wurde. Dann änderte sich dies. Der EU wäre es vermutlich lieber gewesen, wenn die Situation sich anders entwickelt hätte. Nur hatten die politisch Handelnden in Italien angesichts nicht abbreißender Ankünfte die Nase voll. Sie kündigten an, ihre Häfen zu schließen – es sei denn, es gebe eine effektive innereuropäische Umverteilung und die anderen Mitgliedstaaten nähmen Geflüchtete aus Italien auf. Dafür gab es jedoch keinen Konsens. Was hat die EU dann getan? Sie einigte sich eben doch mit Libyen, die lange Zeit bestehenden Skrupel wurden ignoriert. Die IOM und die UNO sind dazwischengeschaltet worden, um das abzufedern. Die EU sagt heute: Die Hilfsorganisationen sind vor Ort und versuchen, Versorgung zu leisten. Faktisch sieht es so aus: Wer heute aufs Meer fährt, wird von der libyschen Küstenwache – mit Booten aus Europa – abgefangen, wieder zurückgebracht, aber eben nicht in die Obhut der UNO oder der IOM übergeben, sondern zurück in Internierungslager gesteckt. Dort herrschen Verhältnisse, die menschenunwürdig sind. Augenzeugen berichten immer wieder von Erschießungen und grauenhaften Zuständen. Obwohl dies bekannt ist, hat die EU sich mit den Libyern soweit geeinigt, dass sie die Menschen aufhält und in die Lager zurückbringt, bis ein Teil von der IOM in ihre Herkunftsländer oder in Transitländer wie Niger ausgeflogen wird. Das ist moralisch hochgradig zweifelhaft. Ein anderer Punkt: das Aufweichen der Souveränität von afrikanischen Staaten.

Inwiefern?

Im Senegal oder einigen der Sahel-Staaten sind europäische Polizisten tätig. Das, was der Kern des staatlichen Gewaltmonopols ist, wird so aufgeweicht. Offiziell heißt das „Kapazitätsbildung“. Aber es werden eben Sicherheitsbehörden aufgebaut, die das tun, was die Europäer wollen. Diese Entwicklung ist einem demokratischen Legitimierungsprozess entzogen. In Niger sieht man das ganz deutlich. Dort ist die EU mit dem Präsidenten ein Agreement eingegangen, ist mit starken Ressourcen vor Ort und baut die Polizei auf, damit diese die Bewegungsfreiheit im Land unterbricht. Das beeinträchtigt auch das ECOWAS-Agreement. Stellen Sie sich Folgendes kurz vor: Nigeria käme jetzt und würde dafür sorgen, dass zum Beispiel Deutsche nicht mehr durch Frankreich nach Spanien fahren dürfen. Genau das machen die Europäer dort.

Wie sensibel wird vor dem eben Gesagten die koloniale Vergangenheit der Europäer auf dem afrikanischen Kontinent wahrgenommen?

Das wird schon sehr kritisch wahrgenommen. Aber eben nicht überall, weil es gar nicht überall den öffentlichen Raum dafür gibt, darüber zu diskutieren. Ganz grob lässt sich sagen: In Ostafrika ist es fast unmöglich. In Somalia gibt es in dem Sinne keine Öffentlichkeit; Eritrea, Äthiopien und der Sudan sind sehr autoritär, da wird das nicht zugelassen. Es gibt

auch keine staatsunabhängigen Medien, die das thematisieren würden. Weiter im Westen wird es langsam besser. Es gibt in Staaten wie Mali, dem Senegal, Nigeria oder Togo Gruppen, die das wahrnehmen, die das zur Diskussion stellen, die das kritisch sehen und sagen: Die Regierung müsste eigentlich Anwalt der Migranten sein und nicht umgekehrt. Da gibt es schon einen öffentlichen Dissens und Proteste und Diskussionen darüber. Und dort wird diese Politik durchaus als eine Form kolonialer Attitüde wahrgenommen.

Wie erpressbar ist die EU mit so einer Politik?

Das ist schwer zu sagen. Menschen haben immer einen eigenen Willen und eigene Gründe, irgendwohin zu gehen oder nicht. Wenn sie an den EU-Türkei-Deal denken: Ich würde vermuten, dass 2015 und 2016 die meisten, die rauswollten, in dieser Zeit auch gegangen sind. Die Zahlen waren ja bereits gesunken, bevor Erdogan die Grenzen zugemacht hat. Die, die noch geblieben sind, hatten ihre Gründe dafür, nicht zu gehen. Sie waren vielleicht alt, krank, hatten kein Geld für die Reise oder hatten keine Unterkunft in Europa. Es gibt immer auch eine Autonomie der Subjekte. Es ist nicht so, dass Massen an den Grenzzäunen stehen und warten würden, bis der Schlagbaum aufgeht und sich alle auf den Weg machen, sondern die Leute sind in vielen Fällen da, wo sie sein wollen, weil das für sie an der Stelle gerade Sinn macht. Insofern ist die Möglichkeit einer Erpressung im Sinne von „Wenn ihr nicht tut, was ich will, schicke ich euch Hunderttausende Flüchtlinge“ begrenzter, als jemand wie Erdogan oder Gaddafi behauptet haben.

Was ist eigentlich die Lösung des Problems? Wie kann man diesem Willen vieler Afrikaner*innen, die berechtigter- oder unberechtigterweise in die EU kommen wollen, begegnen, ohne dabei moralisch verwerflich zu handeln?

Manchmal wäre schon etwas gewonnen, wenn bestimmte Interventionen unterbleiben würden. Man wird sich bestimmt die Frage stellen müssen, ob derzeitige Verweigerung von Migration auf die Dauer so haltbar ist. Ich würde sagen, dass sie das nicht ist. Eher früher als später wird man sich damit arrangieren müssen, dass Menschen so oder so kommen und ihnen dann auch Teilhaberechte zustehen.

Den Afrikanern ist seitens der EU immer wieder in Aussicht gestellt worden, dass es legale Zuwanderungswege geben soll. Doch gibt es überhaupt keine Bereitschaft, dies umzusetzen, weil man sich an die Vorstellung klammert, man könnte dies ganz und gar verhindern. In den Augen der afrikanischen Staaten sollten sich die europäischen Arbeitsmärkte öffnen. Zweifelhaft ist sicher auch die Vergabe von Entwicklungshilfe dorthin, wo man glaubt, migrationspolitisch davon zu profitieren – und nicht dorthin, wo die Not am größten ist. Nicht nur in Uganda sind viele Flüchtlinge unversorgt. Im Kongo gibt es wahnsinnig großen Finanzierungsbedarf, in der Zentralafrikanischen Republik, im Jemen. Es ist nicht so, dass kein Geld da wäre. Es ist auch nicht so, dass kein Geld ausgegeben würde. Aber die Prioritäten werden ganz offensichtlich zunehmend nicht dort gesetzt, wo die Not am größten ist. Im letzten Jahr gab es die große Hungerkrise in Ostafrika. Doch das nötige Geld kam nicht. Da wurde auch keine diplomatische Aktivität entfaltet, wie es jetzt in der Migrationsfrage der Fall ist. Das ist schon eine bemerkenswerte moralische Schieflage.

Abschließend: Nach dem Öffnen der Grenzen im Sommer 2015 wurde rasch ein Großteil der beschriebenen Maßnahmen beschlossen, um die Grenzen für Geflüchtete weitestgehend zu schließen. Ist dies auch dem Erstarren rechtspopulistischer und rechtsextremer Kräfte geschuldet?

Da ist auf jeden Fall eine Dynamik in Gang gekommen, die das ganz stark bestimmt. Ich weiß nicht, ob Sie sich an die Situation erinnern, als es in Aleppo das letzte Mal ganz stark eskaliert war? EU-Gipfel in Brüssel. Auf dem Gipfel gab es 20 Tagesordnungspunkte. Punkt 1: die irreguläre Migration aus Afrika. Punkt 20: Aleppo. Zu jener Zeit waren gar nicht viele Menschen in Italien angekommen; es war nicht so wie in den Monaten Juni, Juli, August, wenn das Mittelmeer ruhig ist. Und trotzdem waren die Migranten aus Afrika das bestimmende Thema des Gipfels. Das macht man natürlich nur, weil man glaubt, politisch auf den Druck von rechts reagieren zu müssen, indem man sagt: Ja, wir erkennen auch, dass es ein wahnsinnig großes Problem ist, wo wir unbedingt etwas unternehmen müssen. Und wir tun das auch. Dafür braucht es nicht die FPÖ, den Front National oder die AfD. Darum kümmern wir uns schon selber. Diese Prioritätensetzung der EU-Regierungen ist nicht anders zu erklären, als dass man diesen Druck von rechts spürt. Sonst gäbe es eine so irrationale Asymmetrie der Tagesordnung nicht. Dann wäre es wahrscheinlich genau andersherum gewesen.

Interview: Peter Kuleša und Marius Mühlhausen

Christian Jakob

ist seit 2014 Redakteur im Ressort Reportage und Recherche der *tageszeitung*. Schwerpunkte: Migration, Entwicklung, Soziale Bewegungen. 2016 erschien von ihm im Ch. Links Verlag „Die Bleibenden“, eine Geschichte der Flüchtlingsbewegung. Im selben Verlag erschien 2017 das zusammen mit seiner Kollegin Simone Schlindwein veröffentlichte Buch „Diktatoren als Türsteher Europas“.

Spielwiese Menschenrechte¹

Ronny Blaschke

Vertreibung, Diskriminierung, unmenschliche Arbeitsbedingungen: Sportereignisse wie die WM in Russland gehen mit der Aushöhlung von Menschenrechten einher – und die Gleichgültigkeit der Profis lässt autoritäre Regime alltäglich erscheinen. Wie kann man ein Bewusstsein dafür schaffen, dass unser Stadionvergnügen mit der Ausbeutung asiatischer Trikotnäherinnen zu tun hat? Wie könnte ein Megaevent aussehen, das niemandem schadet?

Der König von Siam, dem heutigen Thailand, schenkte seinen Feinden gern weiße Elefanten. Diese Tiere waren selten und galten als heilig. Ihre Pflege kostete viel, doch sie durften nicht zur Arbeit eingesetzt werden, erbrachten also keinen Profit. Wer einen weißen Elefanten besaß, starb oft in bitterer Armut.

Man begegnet weißen Elefanten heute auf andere Art. Als Sinnbild für wuchtige Sportstätten, die niemand mehr braucht. Im südafrikanischen Durban, wo ein teures Stadion für die WM 2010 neben eine Rugbyarena gesetzt wurde, die man auch hätte umrüsten können. Oder in Manaus: Für vier Vorrundenspiele der WM 2014 wurde ein Stadion mit 44.000 Plätzen errichtet. Ob es je wieder ausverkauft sein wird?

Sportereignisse und Menschenrechte. Man denkt an geldgierige Autokraten, an Zwangsarbeiter*innen auf Baustellen, an brutale Polizist*innen gegen Demonstrant*innen. Doch auch in Demokratien können Megaevents eine Aushöhlung der Menschenrechte in Gang setzen. Wenn sie für eine Turnierlänge Millionen Menschen aus aller Welt zueinanderführen, aber ihre Kosten danach dem Gemeinwohl zur Last liegen, über Jahre, manchmal Jahrzehnte. Steuergeld fließt in Schuldentilgung und Instandhaltung, weniger in Gesundheitsvorsorge und Bildung, weniger in Sicherheit und Infrastruktur.

In Gesellschaften driften soziale Gruppen weiter auseinander, nicht nur in Südafrika und Brasilien. Doch auch jenseits der Gastgeberländer hängt in der Milliardenindustrie Spitzensport alles mit allem zusammen. Unser wohltemperierter Stadionbesuch in Westeuropa ist auch mit der Ausbeutung asiatischer Trikotnäherinnen verknüpft. Unser TV-Vergnügen während WM und Olympia ist Teil einer Maschinerie. Mit Spektakel, Superzeitlupen, Gemeinschaftsgefühl. Aber eben auch mit Umweltsünden und der Einschränkung der Versammlungsfreiheit, mit Vertreibung von Einheimischen und der Missachtung der Arbeitsrechte.

Höhepunkt in der „Dekade des Sports“

Es ist höchste Zeit, die Debatte über die Rituale eines Events hinaus anzugehen, ohne Verdrängung historischer Ursachen. Wie prägen die Sportindustrie und speziell der Fußball das soziale Gefüge? Wie können Zivilgesellschaften in autokratisch regierten Ländern gestärkt werden, ohne sich mit Überlegenheitsdenken in den Vordergrund zu stellen? Wie könnte eine WM aussehen, die tatsächlich niemandem schadet?

1 Dieser Text ist zunächst erschienen im Internetportal 120minuten.net.

Zunächst der Blick nach Russland, wo die von der Regierung ausgerufene „Dekade des Sports“ mit der Fußball-WM 2018 ihren Höhepunkt findet. Zuvor fanden Dutzende internationale Ereignisse statt, die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2014 in Sotschi, auch die Weltmeisterschaften im Biathlon 2011 in Chanty-Mansijsk, in der Leichtathletik 2013 in Moskau, im Schwimmen 2015 in Kasan oder im Eishockey 2016 in Moskau und St. Petersburg. Die Formel 1 ist seit 2014 jährlich in Sotschi zu Gast.

Im Sport konnte sich Wladimir Putin als weltoffener Staatsmann in Szene setzen. Während zur gleichen Zeit russische Kräfte die Krim annektierten und in die Ostukraine vordrangen. Während sie an der Seite des syrischen Kriegsverbrechers Assad kämpften oder sich in die US-Präsidentenwahl einmischten. Der Sport hilft den Russ*innen bei der Identitätssuche, in einem riesigen Land, das mit seinen hundert ethnischen Gruppen noch immer keine gemeinsame Erzählung kennt.

Seit der Wiederwahl Putins zum Präsidenten 2012 zählten Menschenrechtler*innen mehr als dreißig Gesetze und Gesetzesänderungen, die Bürgerrechte einschränken. Mehr als hundert Nichtregierungsorganisationen werden als „ausländische Agenten“ dämonisiert, weil sie internationale Hilfe erhielten. Vor der Einführung dieses Gesetzes 2012 gab es im Land 400.000 nichtkommerzielle Organisationen, mittlerweile sind es 220.000. Viele von ihnen gaben auf, wanderten aus oder halten sich mit Kritik zurück.

Prävention bedeutet: mehr Kontrolle und Härte

In Europa oder Nordamerika gilt die Zivilgesellschaft als Partnerin des Rechtsstaates, in Russland wird sie als Gegenbewegung betrachtet. Im Kreml besteht seit Jahren die Sorge vor dem Machtverlust, bestärkt durch Revolutionen in Georgien, in der Ukraine oder in der Arabischen Welt. Die Konsequenz: mehr Repression, mehr Kontrolle, mehr Härte. In den Jahren 2014, 2015 und 2016 wurden jeweils um die 1.000 Menschen wegen „staatsfeindlicher Aktionen“ festgesetzt – 2017 waren es rund 4.000 Menschen. Immer wieder mit der Begründung, man müsse das Land vor der „wachsenden Bedrohung des Terrorismus schützen“.

Schon vor dem Confederations Cup 2017 verschärfte die Regierung die Versammlungsfreiheit noch weiter: Proteste waren verboten, Oppositionelle wie Alexei Nawalny wurden festgenommen. Auch Netzsperrungen und Vorratsdatenspeicherung nahmen zu. Journalist*innen sollten nur über Spiele und Sehenswürdigkeiten berichten. Ob es während der WM große Public Viewings und Massenzusammenkünfte gibt, ist nicht klar. Jede Zusammenkunft von größeren Gruppen zieht Aufmerksamkeit auf sich. Dennoch werben Aktivist*innen mit dem Medium Fußball für eine offene Gesellschaft. Auch sie verkörpern Vielfalt, allerdings ist es schwerer, diese Vielfalt sichtbar zu machen.

Die WM in Russland folgt einer gewissen Logik: Jahrzehntlang fanden die wichtigsten Sportereignisse in Europa und Amerika statt, mit der Kommerzialisierung Ende des 20. Jahrhunderts kamen Schwellenländer und autokratisch geführte Nationen hinzu. Sponsoren und TV-Rechteinhaber freuten sich über Wachstumsmärkte. Sportfunktionäre legten nahe, dass die globale Aufmerksamkeit Gesellschaften öffnen könne. Mehrere Studien halten dagegen. So wurden in den vergangenen dreißig Jahren mehr als zwei Millionen Menschen für Olympische Spiele vertrieben.

Beispiel Südkorea: Nach der Militärdiktatur gewann die Demokratiebewegung in den 1980er-Jahren an Kraft. Vor den Sommerspielen 1988 in Seoul wurden mehr als 700.000 Menschen aus ihren Wohnungen gedrängt, auch von Schlägertrupps. Zwischen 1986 und 1992 stiegen die Immobilienpreise in Seoul um 240 Prozent. Der soziale Wohnraum schrumpfte um 76 Prozent. Heute sind die Spiele als Glücksfall eines Tigerstaates in Erinnerung, aber Zehntausende Menschen blieben auf der Strecke.

Oder Atlanta. Im Jahr vor den Sommerspielen 1996 setzte die Polizei dort vorübergehend 9.000 Menschen fest. Auf den Arrestformularen gab es einen Vordruck: „Afro-Amerikaner. Männlich. Obdachlos“. Laut einer Studie haben sich die ethnischen Gruppen langfristig noch weiter voneinander entfernt. Die mediale Öffentlichkeit war damals noch nicht so kritisch wie heute, die Menschenrechtler*innen noch nicht so gut vernetzt. So kamen Verbände und Sponsoren in ihrem Expansionsdrang auf den Geschmack.

Geld für die Elite, aber der Breitensport schrumpft

Vor den Sommerspielen 2008 mussten in Peking mehr als eine Million Menschen aus ihren Quartieren weichen. Trotzdem pries das IOC Olympia als Frieden stiftende Maßnahme. Und in der Tat lockerte die chinesische Regierung 2008 ein Gesetz, das Auslandskorrespondent*innen eine*n Aufpasser*in vorschrieb. Die Kontrolle des Internets wurde während der Spiele gelockert – und danach verschärft. Die Sportkarawane zog weiter und lotete neue Grenzen aus. In Aserbaidschan beobachteten Expert*innen vor den Europaspielen 2015 in Baku die schwersten Menschenrechtseinschränkungen seit Langem, hundert Kritiker*innen wurden inhaftiert.

In fast allen Austragungsorten von Weltmeisterschaften und Olympischen Spielen sind Strukturen entstanden: Flughäfen und Straßen, Wohnviertel und Nahverkehr. Doch in den meisten Regionen profitiert eine Minderheit: Politiker*innen, Funktionär*innen, Baukonzerne. Das Land, das unter dem Profilierungsdrang am meisten leidet, ist Brasilien: Vor der WM 2014 wurde der Sicherheitsapparat hochgefahren, vor allem in den Favelas. So stieg die Polizeigewalt. 2014 wurden im Bundesstaat Rio de Janeiro 580 Menschen von Polizist*innen getötet, 2015 waren es 645 Personen. Mehr als 90 Prozent der Opfer waren männlich, etwa 80 Prozent schwarz. Zur Rechenschaft wurden die Polizist*innen selten gezogen.

Statt in urbane Entwicklung, Bildung und Drogenprävention zu investieren, wurde das Geld woanders verbraucht. 12 der 27 Olympia-Arenen von 2016 wurden nicht wieder genutzt. Die neue U-Bahn kommt nur der Mittelschicht zugute. Krankenhäuser und Polizeidienststellen müssen sparen und teilweise schließen. Es mangelt an Mitteln für den Breiten- und Gesundheitssport.

Mit Blick auf drei Jahrzehnte ist es keine Sensation, dass der Sportzirkus nun in Katar Wurzeln schlägt – und massive Ausbeutung duldet. 94 Prozent der Arbeiter*innen im Golfstaat haben eine Einwandererbiografie. Oft wurden sie mit falschen Versprechen gelockt, aus Bangladesch, Indien oder Nepal. Sie mussten ihre Pässe abgeben, konnten sich nicht frei bewegen, durften ohne Zustimmung des Arbeitgebers nicht den Job wechseln. In der Sommerhitze starben Hunderte von ihnen auf den Baustellen für die WM 2022.

Katar schimpfte auf Subunternehmer, kündigte einen Mindestlohn an, versprach einen besseren Rechtsschutz und die Möglichkeit, Gewerkschaften zu gründen. Ob diese Ankündigungen dauerhaft umgesetzt werden, ist schwer zu belegen. Die Schlagzeilen verschwanden,

und Katar bemühte sich um Deutungshoheit. Rügte Botschafter*innen aus Ländern mit kritischen Medien, lud Hunderte Journalist*innen ein und übernahm deren Kosten, bei Messen, Festivals oder anlässlich der heimischen Handball-WM 2015.

Wenn Fußballer der Propaganda dienen

Während Katar wegen angeblicher Terrorismusverflechtungen von seinen Nachbarstaaten isoliert wurde, wuchs der Einfluss des Emirats in Europa: auch durch Fußball. Über Stiftungen und Fonds stieg Katar als Trikotsponsor beim FC Barcelona und als Eigentümer bei Paris Saint-Germain ein. Der FC Bayern war acht Mal für ein Trainingslager zu Gast, darüber dürfte sich auch Anteilseigner Audi freuen. Der Klub unterhält eine Partnerschaft mit dem Flughafen in Doha. Und Qatar Airways ersetzt die Lufthansa als „Platinsponsor“.

In einer globalen Wirtschaft werden solche Verbindungen zunehmen, zumal die Bundesliga zur Premier League aufschließen möchte und es in der arabischen Welt Dutzende gut organisierte Fanklubs des FC Bayern gibt. Trotzdem – oder gerade deshalb – könnte sich der Verein konkreter zu Menschenrechtsfragen verhalten. In Katar gebe es „kulturelle Unterschiede“, sagte Bayern-Chef Karl-Heinz Rummenigge einmal, ein Trainingslager sei „keine politische Äußerung“. Das klang harmlos, ließ sogar Gleichgültigkeit vermuten.

Auch im Rahmen eines Trainingslagers könnte der FC Bayern Begegnungen von Menschenrechtsgruppen oder Gewerkschaften ermöglichen. Oder ihnen Interesse entgegenbringen, denn das kann ihre Motivation stärken. Der Klub könnte sich von Expert*innen beraten lassen und das in vereinseigenen Medien dokumentieren, ohne moralische Besserwisseri, aber mit sichtbarer Diversität.

Viele der 400 Klubmitarbeiter*innen in München sind mit Außendarstellung beschäftigt, auch für die Märkte in Asien und Nordamerika. Man möge sich vorstellen, der FC Bayern würde seine Gesellschaftspolitik mit der gleichen Energie nach innen ausrichten. Vielleicht mit 15 oder 20 Sozialarbeiter*innen, Entwicklungshelfer*innen oder Historiker*innen. Dann würde der Verein vielleicht merken, dass ein kommentarloses Spiel in Saudi-Arabien oder ein Trainingslager in Katar ein etabliertes Projekt gegen Antisemitismus untergraben kann.

Wenn Sportler*innen keine Regimekritiker*innen sein wollen oder es aufgrund von Verträgen nicht sein dürfen – müssen sie dann der Propaganda dienen? Sie könnten schweigen und auf Anbiederei verzichten. Aber manche lassen eine Autokratie auch alltäglich erscheinen: Julian Draxler schrieb nach dem gewonnenen Confed Cup 2017 einen offenen Dankesbrief an die russische Bevölkerung, er ließ deren Sorgen nicht mal zwischen den Zeilen durchscheinen. Lukas Podolski, für zwei Jahre bei Galatasaray Istanbul unter Vertrag, trat in einem Tourismusvideo für die Türkei auf.

Der Brasilianer Ronaldinho, Weltmeister von 2002, posierte mit dem tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow. In Tschetschenien wurden Homosexuelle gefoltert und ermordet. Sebastian Vettel wollte bei der Formel 1 in Bahrain lieber nicht über Folter an Oppositionellen sprechen. Und Dennis Rodman war mehrfach zu Besuch bei Kim Jong-un in Nordkorea. Es gibt aber auch die andere Seite: Fußballer*innen und Trainer*innen, die unter großen Gefahren für Freiheit eintreten.

Auch Rundfunk-Gebührenzahler*innen stützen die Fifa

Was fehlt in der Menschenrechtsdiskussion, ist ein Blick in den eigenen Vorgarten. Noch immer laden Profiklubs geflüchtete Menschen zu Heimspielen oder Stadionführungen ein. Andererseits machen sich dieselben Klubs von Sponsoren abhängig, die in Niedriglohnländern produzieren lassen – und damit zu Fluchtursachen beitragen. In der Wirtschaft hat es sich herumgesprochen, dass Gesellschaftspolitik tiefer gehen muss. Es geht nicht darum, wie Unternehmen einen Teil ihrer Gewinne an wohltätige Projekte weiterreichen. Es geht darum, wie sie diese Gewinne überhaupt erwirtschaften.

Der Fußball hinkt ein Jahrzehnt hinterher, auch weil mediale Erregungswellen eine sachliche Diskussion erschweren. Fans empören sich, wenn der DFB eine Serie von Freundschaftsspielen mit einer chinesischen Jugendauswahl verabredet. Aber es fällt ihnen weniger auf, dass Sponsoren und Vermarkter ihrer Lieblingsklubs längst mit chinesischen, russischen oder arabischen Konzernen verflochten sind. Fans regen einen Boykott der WM in Russland an, aber sie werden vor den Fernsehern wieder Teil eines Millionenpublikums sein. Laut Schätzungen sollen ARD und ZDF 150 Millionen Euro für die Übertragungsrechte gezahlt haben. Auch die Beitragszahler*innen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stützen indirekt die Fifa.

Wie kritisch man als Fußballkonsument*in auch sein mag – man ist Teil eines Systems, in dem Menschen Schaden nehmen. Zum Beispiel in Asien, wo 90 Prozent der Kleidung hergestellt wird, die wir in Europa kaufen und tragen. So sollen dort 500 chemische Substanzen zum Einsatz kommen: für das Färben, Bleichen, Bedrucken und Imprägnieren der Stoffe. Viele sind gesundheitsschädigend. Die Löhne der Bekleidungskonzerne gehen in Kambodscha, Bangladesch oder Myanmar minimal über den Mindestlohn hinaus. Die Belegschaft ist gezwungen, viele Überstunden zu leisten. Am Kaufpreis der hierzulande beliebten Trikots und Bälle liegt der Lohnkostenanteil für die meist jungen Näherinnen selten über einem Prozent.

Die Marktführer Nike, Adidas und Puma lassen meist in denselben Fabriken produzieren, sie könnten die Löhne der Näherinnen ohne große Einbußen verdoppeln. Aber sie investieren das Geld lieber in Marketing: Laut Schätzungen überweist Adidas an Real Madrid jährlich 140 Millionen Euro, an Manchester United 95 und an den FC Bayern 60 Millionen. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen, aber man kann auch innerhalb dieser wirtschaftlichen Zwänge ein Zeichen setzen.

Ein Beispiel lieferte der 1. FSV Mainz 05, der während der Finanzkrise 2009 einen Hauptsponsor suchte und Entega fand. Schätzungsweise fünf Millionen Euro überwies das Energieunternehmen pro Saison an den Klub. Das Unternehmen forderte Maßnahmen ab: Mit dem Öko-Institut untersuchten sie Stromverbrauch, Heizbedarf, Konsum, Essgewohnheiten oder Transportverhalten bei Mainz 05. Bald organisierten Verein und Entega Züge zu Auswärtsspielen, warben für Fahrgemeinschaften, boten während der Partien kostenlose Fahrrad-Wartungen an. 60 Prozent der Mainzer Zuschauer*innen besuchen die Spiele inzwischen mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Und die Marktforschung ergab, dass Entega und die wenig geliebte Energiebranche von den Sympathiewerten des Klubs profitierten.

In einem Netzwerk wollen NGOs schlagkräftiger wirken

Es muss nicht unanständig sein, wenn Vereine, Verbände und Sponsoren sozialpolitische Konzepte entwickeln. Die Kommerzlogik des Fußballs lässt sich so schnell nicht überwinden, also sollte die kritische Minderheit sich innerhalb des Systems um einen Wandel bemühen. 2014 haben sich Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaftsverbände und Fanbündnisse zur „Sports and Rights Alliance“ zusammengeschlossen. Gemeinsam wollen sie schlagkräftiger wirken im Dialog mit Fifa, Uefa und IOC. Ihre Forderungen: Die Sportverbände sollten den Schutz von Menschenrechten und Umwelt deutlicher in Verträgen festschreiben. Es müsse eine regelmäßige, unabhängige Dokumentation bei den Gastgebern geben, begleitet von Fortbildungen auf Augenhöhe. Auch globale Konzerne wie Adidas, McDonald's oder Coca-Cola sollten ihre Milliarden-Investitionen an Bedingungen knüpfen.

Die Vermittlung spielt eine zentrale Rolle. In Russland und Katar haben Entscheidungsträger*innen eine Abneigung gegen den fordernden Ton der Menschenrechtler*innen und der „westlichen Presse“ entwickelt. Und in der Tat ist die Methodik der „Soft Power“ im Sport noch nicht ausgereift. Mit diesem Begriff hatte der amerikanische Politologe Joseph Nye eine Außenpolitik beschrieben, die auf Kultur und Wissenschaft setzt, nicht auf wirtschaftliche Argumente oder militärische Drohungen. Lange hatten Fifa, IOC und auch der DFB ihre internationalen Projekte als gönnerhafte Geschenktouren inszeniert. Dass man auch in Europa etwas von Südafrikaner*innen, Brasilianer*innen oder Russ*innen lernen kann, ging unter. Eine intensivere Zusammenarbeit des Sports mit dem Auswärtigen Amt und den Goethe-Instituten könnte den Methodenkoffer vergrößern.

Langsam gibt der große Apparat Fußball ein kleines Stück seiner Autonomie auf. Auch weil der Handlungsdruck aus der kreativen und beweglicheren Umlaufbahn größer wird, durch weltweit vernetzte Fußball-NGOs wie die Frauenrechtsgruppe „Discover Football“, das Sozialunternehmen „Streetfootballworld“ oder das Fannetzwerk „Football Supporters Europe“. Allerdings befinden sich auch diese Organisationen im selben Wettbewerb um begrenzte Fördermittel und ein unberechenbares Interesse der Medien. Langfristig planen können sie selten.

Graubünden, Oslo, Boston oder Rom. Toronto, Stockholm, Krakau oder Budapest. In diesen Städten haben sich Bevölkerungen oder Regierungen gegen Olympia entschieden. Die Münchner*innen lehnten in einem Bürgerbegehren eine Bewerbung für 2022 ab, die Hamburger*innen eine Bewerbung für 2024. Trotz beachtlicher Konzepte: Hamburg hätte einen komplett barrierefreien Stadtteil gebaut, mit einem großen Anteil an sozialem Wohnraum. Immer mehr Menschen, mit oder ohne Behinderung, werden künftig länger leben – der Sport hätte einen Beitrag zur Solidargemeinschaft leisten können.

Doch Funktionär*innen, Politiker*innen und Unternehmen kamen gegen die vorherrschende Wahrnehmung von Korruption, Umweltfrevl und Doping nicht an. Ihre Reden und Werbevideos sollen Emotionalität wecken, sind aber meist weltfremd, von selbstkritischer Risikoabwägung keine Spur. Und so dürfte weiter der Frust dominieren: Dutzende Geschäfte, Hotels und Skiverleihe mussten in Pyeongchang schließen, weil die koreanische Region für die Winterspiele 2018 fit gemacht werden musste. Tourist*innen blieben weg, gewachsene Geschäftsstrukturen zerbrachen.

Der DFB will bei seiner Bewerbung für die EM 2024 einen anderen Weg gehen. Sieben Jahre vor einem möglichen Turnier lud er Dutzende Interessengruppen aus Politik und Zivilgesellschaft ein, darunter wichtige Menschenrechtsorganisationen. Die Zeit bis zur EM könnte von Kampagnen begleitet werden. Zum europäischen Gedanken, zu Vielfalt oder Gesundheitsförderung. Der DFB erfüllt die Anforderungen der Uefa zum Thema Nachhaltigkeit locker, trotzdem ist es nicht ausgeschlossen, dass der einzige Mitbewerber im September den EM-Zuschlag erhält: die Türkei und Präsident Erdoğan.

Ronny Blaschke

beschäftigt sich als Journalist mit den gesellschaftlichen Hintergründen des Sports, u. a. für die Süddeutsche Zeitung, den Deutschlandfunk und die Deutsche Welle. Mit seinen Büchern stieß er wichtige Debatten an, zuletzt mit „Gesellschaftsspielchen“ zur sozialen Verantwortung des Fußballs.

E-Mail: mail@ronnyblaschke.de